

# Pankows neuer „harter Kurs“

## Die SED zwischen Harich-Prozeß und Kirchenkampf

Die SED hat in unverkennbarer Form einen neuen „harten Kurs“ auf die Tagesordnung gesetzt. Sah sich Grotewohl noch vor Jahresfrist gezwungen, der Justizministerin Benjamin und dem SSD-Chef Wollweber Mißbrauch ihrer Amtsgewalt und undemokratische Methoden vorzuwerfen, so wirft das SED-Zentralkomitee den Exekutivorganen heute vor, zu milde und zu nachgiebig mit den „Feinden des Volkes“ verfahren zu sein. So kurios diese neuerlichen Erklärungen auf den Leser der SED-Presse wirken mögen: Für SSD und Justiz sind sie ein Freibrief zu neuem Terror und neuen Gewaltmaßnahmen. Ihre ersten Auswirkungen zeigte diese neue Linie im Harich-Prozeß und in der Politik des Kirchenkampfes.

Nehmen wir den Harich-Prozeß: Als die SED der Generalstaatsanwaltschaft der Sowjetzone den Auftrag gab, einen Schauprozeß gegen Harich und seine Mitangeklagten vorzubereiten, waren sich selbst höchste SED-Funktionäre darüber im klaren, daß man ein Scheinurteil von zwei bis drei Jahren Gefängnis gegen Harich fällen würde.

Nun sind es zehn Jahre geworden, und der Prozeß wurde in das Fahrwasser des Staatssicherheitsdienstes gelenkt. Anstatt sich mit den Verhältnissen zu beschäftigen, die zur Affäre Harich führen mußten, anstatt die theoretischen Konzeptionen dieser Gruppe und sympathisierender Gelehrter, wie Prof. [Name], ernsthaft zu diskutieren, erging sich das Gericht im Privatleben des Angeklagten und in dessen wirren Versuchen, Kontakte mit westlichen Stellen aufzunehmen.

### Was wollte Harich?

Die Person Harichs spielt die geringste Rolle dabei. Harich ist Kommunist und wollte auch für sich und seine Gruppe ein kommunistisches Programm. Der Fehler bei der bisherigen Betrachtungsweise ist nur: Harich war weder der Initiator eines gegen die Ulbricht-Gruppe gerichteten Programms noch dessen „Erfinder“. Er machte sich nur die Ansichten und Bestrebungen einer großen Reihe

führender Funktionäre und Wissenschaftler zu eigen und versuchte, diesen Ansichten und Bestrebungen kraft seiner Parteistellung zum Durchbruch zu verhelfen.

Hätte es in der Zone nicht bereits einen fundierten und ausgeprägten geistigen Widerstand gegeben, Harich wäre niemals auf den Gedanken gekommen, die von ihm selbst jahrelang intolerant verfochtene Doktrin anzugreifen. Somit hat dieser Prozeß eine weitaus schwerwiegendere Bedeutung, als dies nach der Beurteilung der Person Harichs den Anschein haben mag. Mit der Verurteilung dieses Philosophieprofessors sind für die SED keine Probleme gelöst worden, vielmehr wurden neue und schwierigere Probleme geschaffen. Nimmt die SED diesen Prozeß ernst, ist sie gezwungen, eine umfassende Säuberung im Kulturbund, an den Akademien und an den Universitäten einzuleiten. Soweit sie dies wagen darf, beginnt die SED damit bereits in diesen Tagen. Kann sie aber führende Wirtschaftswissenschaftler wie den gegen Ulbricht auftretenden SED-Professor Behrens verhaften? Kann sie einen Professor Vieweg dem SSD übergeben, der als berufenster Mann der Sowjetzone das Verhältnis der Ulbrichtischen Kollektiv-

ring angeprangert hat? Natürlich kann sie es, machtmäßig gesehen. Sie hat ja auch Harich für zehn lange Jahre ins Zuchthaus gesteckt! Aber diese Art der Diskussion bedeutet doch nichts anderes als ein neues Heraufbeschwören all jener Dinge, die in der Sowjetunion zur zeitweiligen Verdammung Stalins, in Polen zum antistalinistischen Umsturz und in Ungarn zur Revolution geführt haben. Kann die SED dies verantworten?

### Glaubensfreiheit — oder nicht?

Ähnlich ist es mit dem jetzt neu entfachten Kirchenkampf. Wir haben in der Sowjetzone eine Armee, die seit fast neun Jahren besteht. In dieser Armee gibt es, kann es keine Seelsorge und christliche Betreuung geben. Jener Soldat wäre für die SED unbrauchbar, der am Sonntag nach Dienstschluß eine Kirche besuchen würde. Warum aber eigentlich? Die Verfassung respektiert angeblich den Glauben, die SED behauptet, sie halte an der Glaubensfreiheit fest. In die Armee soll jeder Bürger, der „die Republik liebt und verteidigen will“, ist diese „Republik“ aber nur für Atheisten oder muß man Atheist werden, um sie verteidigen zu können?

Wie an den Fingern herbeigezogen ist da das SED-Argument von der „friedensfeindlichen Haltung“ der Kirche, die gar keinen Anlaß hat, den Soldaten einer erst jetzt aufgestellten westdeutschen Armee die geistliche Betreuung zu versagen. Aber Unlogik und Intoleranz gehören nun einmal zu dem neuen, harten Kurs der SED, der die Partei und alle, die an ihr hängen, weiter in das Unberechenbare und Un gewisse führt.

## Je früher desto besser!

DT. Die kommunistischen Diktaturen haben es mit ihren „Wahlen“ doch barbarisch einfach. Wir haben das soeben wieder an den Gemeindewahlen erlebt, die am vergangenen Sonntag in acht Republiken der Sowjetunion stattfanden. Nach dem Teilergebnis, das am Freitag in Moskau bekanntgegeben wurde, haben sich überall fast 100 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt, und ebenso fielen annähernd 100 Prozent der Stimmen auf die Einheitsliste des „Blocks der Kommunisten und der Parteilosen“. Hier gibt es, vor und nach der Wahl, keine Probleme, keine Sorgen, keine Ungewißheit, keine Spannung und keinen Kampf. Alles ist vorher geregelt. Alles steht vorher fest. Am erstaunlichsten ist dabei der Gesundheitszustand in den sowjetischen Gemeinden. Die hundertprozentige Wahlbeteiligung läßt erkennen, daß es in nennenswerter Zahl nicht einmal solche Sowjetmenschen gibt, die krankheits halber der Urne fernbleiben müssen. Das ist fast beneidenswert, und beneidenswert ist es auch, daß die Demoskopie, die Meinungsforschung, in der Sowjetunion eine völlig überflüssige Tätigkeit ist. Während der deutsche Wähler heute von allen Seiten angestrahlt und durchleuchtet wird, um zu erfahren, was er denkt und wünscht und wählen wird, liegt das alles in der Sowjetunion offen und klar im hellsten Licht der Sonne: der Wähler wunderbar geformt und genormt.

### Im „westlichen Dunkel“

In unserer gegenüber dem Osten so rückständigen deutschen Demokratie ist das alles ganz anders. Für die kommenden Wahlen zum Bundestag steht bisher nur fest, daß sie in der Zeit zwischen dem 6. Juli und dem 6. Oktober stattfinden müssen, weil das Grundgesetz das vorschreibt. Alles andere liegt in tiefem Dunkel, ist Gegenstand wachsender Spannung, spekulativer Berechnung und leidenschaftlichen Kampfes. Die Meinungsforschung ist

Trumpf. Die Strategen des Wahlkampfes erhalten von ihr fast täglich neue Daten über die eigene Position, die des Gegners und die relativen Veränderungen beider. Ihre Generalstabskarte verzeichnet einige große Kurven, die nach den erhaltenen Daten fortlaufend ergänzt werden. Man spricht nach dem Sprachgebrauch der Konjunkturbeobachtung von einem „Trend“, wenn die Kurve für diese und jene Partei eine beständig freundliche Entwicklung verrät, oder wahlmeteorologisch von einem „Hoch“ oder „Tief“. Mit den wechselnden Ergebnissen dieser wahlpolitischen Konjunktur- und Wetterforschung wechselt auch die Stimmung in den Parteien.

### Spannung und Unsicherheit

Die in ihrer Wirkung problematische Einführung massenpsychologischer Untersuchungsmethoden in den Wahlkampf trägt im übrigen dazu bei, daß das politische Geschehen immer mehr und immer früher in den Sog der Wahlentscheidung gerät. Es gibt dann Aufgaben, die weder die Regierung noch die Opposition heute gerne anrühren, weil sie schmerzlich sind oder der Popularität oder trotz ihrer sachlich vielleicht bestehenden Notwendigkeit des allgemeinen Verständnisses entbehren. Dafür gibt es wieder anderes, was beide gern unternehmen, nur sind das meist sehr verschiedene Dinge. Das Regieren ist auf diese Weise schwieriger und das Opponieren noch billiger geworden. Spannung und Unsicherheit beherrschen das politische Geschehen, und auch draußen, in den Regionen der internationalen Politik, wartet man ab, was der Wahltag bringen wird.

### Um den Wahltermin

Dem deutschen Wähler ist es nicht gleichgültig, ob dieser unfruchtbare Zustand noch vier oder fünf oder gar sechs Monate andauern soll. Er würde es vielmehr begrüßen, wenn die Frist verkürzt würde. Er möchte wieder in die natürliche Ruhelage eines Staatsbürgers kommen, dessen Meinung nicht täglich erforscht und dann als Treibstoff für die politischen Panzerschlachten des Wahlkampfes benutzt wird. Er

möchte, je früher desto besser, wieder eine Normalisierung der Politik auf sicherer Grundlage erleben, die für weitere vier Jahre eine stabile Regierungsführung ermöglicht. Das alles legt ihm nahe, einen möglichst frühen Termin der Wahlentscheidung zu wünschen.

Die Frage des Termins ist allerdings für den Erfolg dieser oder jener Partei nicht ganz gleichgültig. Das psychologische Wahlwetter kann für die Beteiligten zwischen Hoch und Tief schwanken; die Gunst der Wähler ist nämlich launisch wie das Glück — die Gunst jener Millionen jedenfalls, die ohne feste Bindung und Anteilnahme dem politischen Leben ziemlich gleichgültig gegenüberstehen. Sie entscheiden aber die Wahlen. Keiner Partei ist es mit Sicherheit möglich, die in der Mobilisierung dieser Gleichgültigen liegende Chance besonders aussichtsvoll auf einen bestimmten Termin zu fixieren. Das geht immer „auf gut Glück“. Auch unter dem Gesichtspunkt des parteipolitischen Interesses, dessen Wahrnehmung verständlich ist, sollte man sich also für den frühesten Termin entscheiden. Je früher die deutsche Politik auf weitere Sicht wieder voll handlungsfähig wird, um so besser ist es für die wichtigen Aufgaben, die sie zu vertreten hat. Gerade auch in der diplomatischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, die nun bis an den äußersten Rand der umstrittenen Probleme geführt werden muß, wollen wir möglichst keine Zeit verlieren.

### Die dritte Kraftprobe

Die psychologische Situation, in der die beiden großen Parteien aufeinanderstoßen, ist im übrigen so gespannt, wie wir es noch nie erlebt haben. Zum dritten Male seit Bestehen der provisorischen Bundesrepublik tritt die SPD zum Kampf an um die Regierungsmacht. Auf beiden Seiten ist schon jetzt in diesen Kampf an Gefühlen, Hoffnungen und Erwartungen so viel investiert worden — auch die Amerika-Reise Ollenhauers war eine solche Investition —, daß auch hieraus eine besondere Leidenschaft der Auseinandersetzung erwächst.

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Kaiser warnt vor Schleichwegen

Erste Rundfunkansprache nach der Krankheit

Berlin (Eigenbericht). Zum erstenmal seit seiner schweren Erkrankung hat sich der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, wieder in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung der Sowjetzone gewandt. Er wiederholte die Mahnung an die 17 Millionen Menschen in der Zone, „die Zähne zusammenzubeißen und sich nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen“. Die Sorge der freien Welt, daß die Sowjetzone ein Explosionsherd werden könnte, bestehe nicht deswegen, weil der Westen Zwang und Unrecht bejahe, sondern weil „gewalttätige Lösungen nationaler Schicksalsfragen die Gefahr eines erneuten Krieges in sich schließen, der alle Völker mit Vernichtung bedroht“, sagte Kaiser.

Der Minister wies darauf hin, daß sich in letzter Zeit die Stimmen im Ausland gemehrt haben, die auf die Gefahren einer andauernden Teilung Deutschlands hinweisen. Die Ereignisse der Vergangenheit, so sagte Kaiser, hätten bewiesen, daß unterdrückte Völker

## Dibelius antwortet Pankow

Angriffe gegen Seelsorgevertrag „grober Unsinn“

Berlin (Eigenmeldung). Gegen falsche Auslegungen der Zustimmung der Gesamtdeutschen Synode zum Staatsvertrag über die Militärseelsorge wandte sich der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Otto Dibelius, in einer Rundfunkansprache. Als „ganz groben Unsinn“ bezeichnete er die Behauptung der Sowjetzonen-Presse, daß die Kirche damit für die NATO gestimmt, der Vorbereitung eines neuen Krieges gedient und die Waffen gesegnet habe.

Es sei nicht die Schuld der Kirche, daß ihre Forderungen nach einem entsprechenden Militärseelsorgevertrag für die Streitkräfte der Zone „kalt und schändlich abgewiesen“ wurden.

„Diese ganzen Angriffe auf die Evangelische Kirche, die jetzt wieder auf hohen Touren laufen, sind nichts anderes als ein Versuch, die Kirche zu politisieren.“ Die Evangelische Kirche sei aber entschlossen, sich nicht politisieren zu lassen — weder vom Westen noch vom Osten her. Sie werde nie aufhören, auch den Soldaten zu sagen, daß Gott den Krieg nicht will und daß die christliche Kirche

nach nichts anderem streben darf, als nach dem Frieden. Der Vertrag über die Seelsorge in der Bundeswehr diene weder dem Kriege noch irgendeiner Politik.“ Er dient dem christlichen Evangelium und darum ist er eine gute Sache“, sagte der Bischof.

(Siehe auch Seite 7.)

## Gerstenmaier besichtigte Reichstag

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Bundestagspräsident Gerstenmaier hat in Berlin die Ruine des Reichstagsgebäudes besichtigt und sich dabei über die Möglichkeit eines Wiederaufbaues informiert. Der Bundestagspräsident wies dabei darauf hin, daß es in einem künftigen Parlamentsgebäude vor allem darauf ankomme, genügend Raum für die Abgeordneten zu schaffen. Sein Wunsch sei, daß jeder Abgeordnete ein Zimmer für sich allein habe, damit auch eine Möglichkeit zum Ausruhen bestehe.

Bundesminister Jakob Kaiser, allen Völkern sei am besten gedient, wenn die gegenwärtigen Unruheherde beseitigt würden. Dies gelte nicht zuletzt auch für Deutschland. Aber es gehe nicht auf dem Wege über Pankow und nicht auf der Grundlage eines geteilten Deutschlands.

keine Garantie für den Frieden und auch keine Garantie für die Aufrechterhaltung der Macht sein könnten.

Kaiser wandte sich erneut gegen die Pankower Regierung, die „Geduld, Klugheit und Friedenswillen unserer 17 Millionen über alle Maßen strapazierte“ und die immer neue verlogene Parolen für die Wiedervereinigung anbiete. Ihr letztes Schlagwort von der Konföderation sei jedoch nichts weiter als ein neuer Schleichweg, um der sogenannten DDR die Anerkennung als Staat zu verschaffen. Abschließend betonte

## Auswanderung „auf Zeit“

UNESCO und Gewerkschaften vermitteln Arbeitsplätze

Neumünster (DPA). Wer sich für fremde Länder und für fremde Sitten interessiert, kann jetzt „auf Zeit“ auswandern. Die UNESCO hat mit der aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Volksschulen gebildeten Arbeitsgemeinschaft „Arbeit und Leben“ ein „Studienarbeitsprogramm“ aufgestellt, nach dem ledige Arbeit-

ter und Angestellte in ausländische Arbeitsstellen vermittelt werden können.

Interessenten müssen sich mit der Sprache und den Lebensgewohnheiten des gewünschten Aufenthaltslandes beschäftigen und sich verpflichten, nach Ablauf der Studienzeit nach Deutschland zurückzukehren.

## Die Deutschen in der UdSSR

DT. In der sowjetischen Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ wurde der Brief einer Gruppe sowjetischer Staatsbürger deutscher Herkunft veröffentlicht, die eine Rückkehr nach Deutschland ablehnen. Der Brief wendet sich gegen die „Anmaßung des Herrn Adenauer“, die darin liege, daß der Bundeskanzler „die Übersiedlung der in der UdSSR geborenen und ständig dort lebenden Deutschen sowjetischer Staatsangehörigkeit nach Westdeutschland“ fordere. In der UdSSR gebe es nicht wenige Menschen deutscher Nationalität; sie seien aber keine deutschen Bürger, sondern Bürger der Sowjetunion. Alles Gerede von ihrer „Repatriierung“ in die Bundesrepublik sei gegenstandslos.

Die Frage, um die es zwischen Bonn und Moskau geht, wird hier offenbar unter dem Einfluß einer tendenziösen sowjetischen Propaganda völlig entstellt. Die Bundesrepublik fordert keineswegs, daß alle sowjetischen Staatsbürger deutscher Herkunft nach der Bundesrepublik übergeführt werden. Sie fordert nur die Rückkehr derjenigen unter ihnen, die nach deutscher Rechtsauffassung die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nach Deutschland zurückkehren wollen. Den zuständigen deutschen Stellen liegen ganze Berge von Briefen dieser Deutschen vor, die sich

als deutsche Staatsbürger betrachten und in die Heimat zurückkehren möchten. Wir wünschen unter gar keinen Umständen, daß ein Deutscher, der gerne in der Sowjetunion bleiben möchte, gegen seinen Willen zurückgeführt wird. Ebenso aber fordern wir, daß die anderen Deutschen, die meist gegen ihren Willen die sowjetische Staatsbürgerschaft erlangt ha-

ben und zurückkehren wollen, das selbstverständliche Recht erhalten, die Sowjetunion zu verlassen.

Das ist der gleiche Standpunkt, den wir auch in der Frage der von Moskau geforderten Repatriierung sowjetischer Staatsbürger in der Bundesrepublik vertreten und praktisch verfolgen: Jeder soll frei entscheiden, aber niemand darf gegen seinen Willen zurückgehalten oder zurückgeführt werden.

## Abenteuerliche Flucht aus Rumänien

Unter Holzladung versteckt — Fünf Tage ohne Essen

Furth im Wald (AP/DPA). In einem mit Brettern beladenen Güterwagen versteckt, gelang es drei jungen Rumänen, aus ihrer Heimat quer durch Ungarn und die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik zu fliehen. Nach elftägiger abenteuerlicher Fahrt kamen die Flüchtlinge, ein Ehepaar und ein junger Mann, am Montagabend auf dem bayerischen Grenzbahnhof Furth im Walde an, wo sie bei der Überprüfung der Holzladung von Angestellten einer westdeutschen Firma entdeckt wurden. Die Flüchtlinge hatten sich unter der Holzladung ein mannshohes Versteck gebaut, in dem sie sich während ihrer Flucht meist stehend aufhalten mußten. Die letzte Verpflegung war ihnen bereits vor fünf Tagen ausgegangen, so daß sie völlig erschöpft aus ihrem selbstgewähl-

ten Verlies befreit wurden. Die drei haben bereits bei der bayerischen Grenzpolizei um politisches Asyl nachgesucht.

### Germanski, Adenauer?

Nur der Gedanke an die Freiheit habe sie die unsäglichen Strapazen in dem Güterwagen ertragen lassen, erklärten die drei Flüchtlinge, nachdem sie von den deutschen Zollbeamten in Empfang genommen worden waren. Der deutsche Beamte, der den Wagen geöffnet hatte, war nicht wenig erstaunt, als sich ein bärtiges Gesicht aus dem dunklen Verlies hervorschoß. Die erste Frage, die die Flüchtlinge an den Zollbeamten richteten, war: „Germanski, Adenauer?“ Nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß sie wirklich in der Bundesrepublik waren, bat sie um Wasser.

### Rentenfibel in Druck

Frankfurt (AP). Bundesarbeitsminister Storch setzte die Rotationsmaschine in Betrieb auf der die vom Arbeitsministerium herausgegebene „Rentenfibel“ gedruckt wird. Die Broschüre, die in einer Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren erscheint, soll vom 20. März an bei allen Postämtern zum Preise von 50 Dpf. erhältlich sein.

### Adenauer nach USA

Washington (AP). Präsident Eisenhower hat Bundeskanzler Adenauer für Ende Mai zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten eingeladen. Die Anregung zu dem neuen Amerikabesuch des Bundeskanzlers soll von dem amerikanischen Präsidenten im Verlauf einer Unterredung mit Bundesaußenminister von Brentano ausgegangen sein.

## Jetzt Kalvinisten-Verfolgung

Kadar läßt Geistliche verhaften — Keine Visa fürs Rote Kreuz

Budapest (AP). Die ungarische Polizei hat fünf leitende Persönlichkeiten der kalvinistischen Kirche Ungarns, darunter mindestens drei Geistliche, verhaftet. Die nach einer Haussuchung Inhaftierten hatten alle in der Auseinandersetzung mit Bischof Albert Bereczky eine führende Rolle gespielt. Bereczky, der mit den Kommunisten eng zusammengearbeitet hatte, war während des Volksaufstandes abgesetzt worden, als er sich gerade in einem Krankenhaus befand. Er ist erst unlängst wieder genesen.

Unter den Verhafteten konnten bisher nur Dr. Barna Nagy, ein Professor an der kalvinisti-

schen theologischen Akademie, und Dr. Sandor Jo, ein Pfarrer aus Budapest, namentlich ermittelt werden. Die Führung der ungarischen Kalvinisten war in der jüngsten Zeit von der kommunistischen Presse scharf angegriffen worden, teilweise wegen ihrer Verbindung mit dem Weltkirchenrat.

Wie das Internationale Rote Kreuz am Freitag in Wien bekanntgab, verweigern die ungarischen Behörden neuerdings die Einreisegenehmigungen für das Schweizer Begleitpersonal der Rot-Kreuz-Lastzüge mit Hilfiefieferungen, die für Ungarn bestimmt sind.

So sind sie wirklich:

## Staatssekretär für Kirchenkampf

Einen offenen Affront gegen die Kirche hat sich die SED mit der Ernennung des ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Werner Eggerath zum „Staatssekretär für Kirchenfragen“ geleistet. Eggerath ist weder dem christlichen Glauben anhängig noch hat er jemals in seinem Leben etwas mit kirchlichen Problemen zu schaffen gehabt. Die SED hat diesen Mann von seinem Botschafterposten aus Bukarest abberufen und über Nacht an einen der Brennpunkte der innenpolitischen Situation gestellt. Wer ist Eggerath?

### Ein Komintern-Agent

Werner Eggerath wurde am 16. März 1900 in Elberfeld als Sohn eines Handwerkers geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte das Schlosserhandwerk. Als 18jähriger Ersatzrekrut schloß er sich dem Spartakusbund an und wurde Mitglied eines Soldatenrates. Anschließend ging er zu den Jungkommunisten, gab seine Arbeitsstelle auf und wurde Agitator in den ländlichen Bezirken Thüringens. 1924 kam er in die KPD.

Viele Jahre seiner Parteivergangenheit sind in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Man weiß nur, daß er einmal zu einer halbjährigen Parteischulung nach Berlin berufen wurde und dort Kontakt bekam mit Kreisen um Radek und engen Mitarbeitern der Sowjetischen Handelsmission. Damals war dies die Zentrale der Sowjetespionage. Eggerath soll angeblich in die Sowjetunion gegangen sein, um dort zwei Jahre an einem Institut der Moskauer Lenin-Schule zu absolvieren. Fest steht, daß man ihn im Parteiapparat Thälmanns kaum kennt, daß er aber sowjetischen Komintern-Leuten bereits 1935, als ihn die Nazis verhafteten, ein fester Begriff geworden ist.

### Landrat in Mansfeld

1933 ist Eggerath für kurze Zeit in Prag. Dann soll er illegal in Thüringen gearbeitet

## WERNER EGGERATH

und einer Erfurter Jungkommunistengruppe angehört haben. 1935 wird er zusammen mit anderen Widerstandsleuten verhaftet. Ein „Volksgerichtshof“ diktiert ihm 15 Jahre Zuchthaus zu. Nur ein Wunder rettet ihn vor dem Todesurteil: Die Nazis haben damals viele Kominform-Leute laufen lassen, um deutsche Spione in der Sowjetunion vor dem Erschießen zu retten.

Nach der Befreiung durch die Sowjetarmee wird Eggerath kurze Zeit Berater eines sowjetischen Standortkommandanten und dann KP-Landrat im Kreis Mansfeld. Rücksichtslos glaubt er den Denunziationen der neu in die Partei kommenden Abenteurer und Karrieristen. Hunderte werden in die sowjetischen Lager verschickt unter der Beschuldigung, Nazis gewesen zu sein. Erst 1949 gibt man Leute frei, die damals ohne jede Berechtigung und grundlos von den Eggerath'schen Säuberungskommandos in die Lager expediert worden sind. Der Kreis Mansfeld hat Eggerath noch gut im Gedächtnis behalten. Die Mansfelder sagten seinerzeit: „Lieber drei Sowjetkommandanten als einen halben Eggerath!“

### „Nun zur Ruhe setzen!“

1946 wird Eggerath 1. Vorsitzender des SED-Landesvorstandes Thüringen. Mit brutaler Gewalt mischt er sich in die Belange der ersten deutschen Verwaltungsorgane, die noch lange nicht nur aus Kommunisten gebildet werden. Emsig bemüht, alle erreichbaren Posten mit Parteimitgliedern zu besetzen, legt er den Grundstein für eine Korruptions- und Mißwirtschaft, die später die gesamte Tätigkeit der thüringischen Landesregierung belasten wird.

Bald aber hat er sein Ziel erreicht: Eggerath wird Ministerpräsident von Thüringen! „Nun zur Ruhe setzen, dann

will ich gar nicht mehr nach Berlin!“ erklärt er einer Reporterin des SED-Zentralorgans, die jenen Satz zum größten Ärger und ersten Skandal des frischgebackenen Staatsmannes publiziert.

Eggerath's thüringische Regierungstätigkeit ist nicht zum Segen für das Land geworden. Er war zu sehr Parteisekretär, um die Belange des Landes verstehen zu lernen. Er betrieb kommunistische Kaderpolitik, intrigierte gegen die bürgerlichen Parteien und ließ die Wirtschaft des einst blühenden Landes verkommen. Seinen Nachfolgern hinterließ er ein trübes Erbe...

### Er „koordiniert“

1952 kommt er doch noch nach Berlin. In der Zone geht man an die Zerschlagung der Länder, aus denen 14 Bezirke entstehen. Eggerath wird als Staatssekretär Leiter der „Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane in der DDR“. Kein Mensch weiß, was Eggerath auf diesem Posten soll. Im Dezember 1952 gibt er eine umfassende Anleitung für die Überprüfung der Verwaltungsorgane heraus. Sie ist nichts weiter als die Aufforderung, alle nichtkommunistischen Elemente umgehend aus Handel und Versorgung zu entfernen. Das „Nationale Aufbauwerk“ wird seine Domäne. Er „koordiniert“ die Wiederaufbauprogramme der sowjetzonalen Städte und Gemeinden. Aber als er fertig koordiniert hat, ist kein Geld und kein Material mehr da. Der 17. Juni 1953 macht dem ganzen Spuk ein Ende. Die „Koordinierungsstelle“ existiert nur noch dem Namen nach. Eggerath wird als Nachfolger des künftigen Außenhandelsexperten Handke nach Bukarest abgeschoben.

Er hat sich als Botschafter keine Meriten geholt. Zum Diplomaten taugte er nicht. Aber als Staatssekretär für Kirchenfragen hält ihn die SED für geeignet. Was den Kirchenkampf betrifft, dürfte sie den rechten Förderer gefunden haben.

## „Pflichtjahr“ für Studenten Staatssekretär Girnus führt ein neues Regiment

Erst zwei Wochen führt der neuernannte Staatssekretär für das sowjetzonale Hochschulwesen, Wilhelm Girnus, sein Regiment. Und schon überrascht er die Betroffenen mit einem künftigen „Pflichtjahr“ für Studenten, das die Volkskammer demnächst bestätigen soll. Dabei handelt es sich nicht etwa um ein Berufspraktikum, sondern um eine Art Arbeitsdienst, der die angehenden Akademiker „bewußtseinsmäßig mit der Arbeiterklasse zusammenschließen“ soll. In der Praxis sieht das so aus:

Dem Abiturienten stehen drei Wege offen, um zum Studium zugelassen zu werden: 1. Er verpflichtet sich für ein bis zwei Jahre zu einer Spezialausbildung in der „Nationalen Volksarmee“. Diese wird versuchen, ihn durch ein Zusatzstipendium während der Dauer des Studiums für eine spätere Berufs-offizierslaufbahn zu verpflichten. Geht er darauf nicht ein, kann es ihm passieren, daß man ihn als halb ausgebildeten „Spezialisten“ nach beendetem Studium noch einmal für ein bis zwei Jahre in die Armee holt. 2. Er verpflichtet sich, ein Jahr praktisch in der Landwirtschaft zu arbeiten. Dabei ist es unwesentlich, ob er Philologie, Chemie oder Maschinenbau studieren will. Auch hier besteht die Tendenz, künftige Spezialisten für die kollektive Landwirtschaft zu verpflichten. 3. Der letzte Weg, der für viele Ingenieurstudenten der gangbarste bleiben wird: Ein einjähriges Pflichtpraktikum in einem volkseigenen Maschinenbaubetrieb oder — im Bergbau...

### Bergbau bevorzugt

Die SED will versuchen, den Großteil der sich nicht zur Armee meldenden Abiturienten in den Bergbau zu bekommen. Dieser zahlt für jene, die sich später ganz der Bergarbeit verschreiben wollen, größtmögliche Stipendien.

Praktisch wäre dagegen wenig einzuwenden, wenn man den Jugendlichen die Wahl des Einsatzgebietes überlasse und das „Pflichtjahr“ im Rahmen des Studiums regelrecht als Praktikantenzeit anrechnen würde. So aber, wie es Girnus meint, handelt es sich um nichts anderes als um eine kaschierte „Arbeitsdienstzeit“. Die Jugendlichen werden nicht nur berufsmäßig ausgebildet, sondern in Lagern gleichzeitig politisch und vor-

militärisch erzogen. Es ist zum Teil eine Fortsetzung des gescheiterten „Dienst für Deutschland“, zu dessen Initiatoren der heutige Staatssekretär für Hochschulwesen bereits damals gehörte.

### Neue Drohungen

Denen aber, die bereits ihre Immatrikulation in der Tasche haben und die Universitäten bevölkern, droht Girnus mit Repressalien und Stipendienentzug, falls sie sich der um sich greifenden Studentenrevolte anschließen möchten. Noch in dieser Woche gehen mehr als 50 Mitarbeiter seines Staatssekretariates in die Universitäten, Hochschulen und Institute, um „über den Fall Harich zu diskutieren“. Diese „Diskutierer“ sind von einem Schwarm beobachtender SSD-Funktionäre begleitet. Man hüte sich also, mit diesen Genossen

## Polens Jugend will Auskunft

Warschau (AP). Die staatliche polnische sozialistische Jugendorganisation hat die Führung der polnischen KP aufgefordert, zu erklären, was sie mit ihrer offensichtlichen Befriedungspolitik gegenüber den Stalinisten im Sinne habe. Entsprechende Plakate wurden im Hof der Warschauer Universität angeschlagen. Die Studenten verlangen vor allem Aufklärung über eine Reihe von Regierungsmaßnahmen und warum mehrere Stalinisten wieder in ihre Ämter eingesetzt wurden. „Ist das nur ein Ämterwechsel oder bedeutet das einen Wechsel der Politik?“ fragen die Studenten.

In der vergangenen Woche war bereits die geplante Er-

## SSD, herhören!

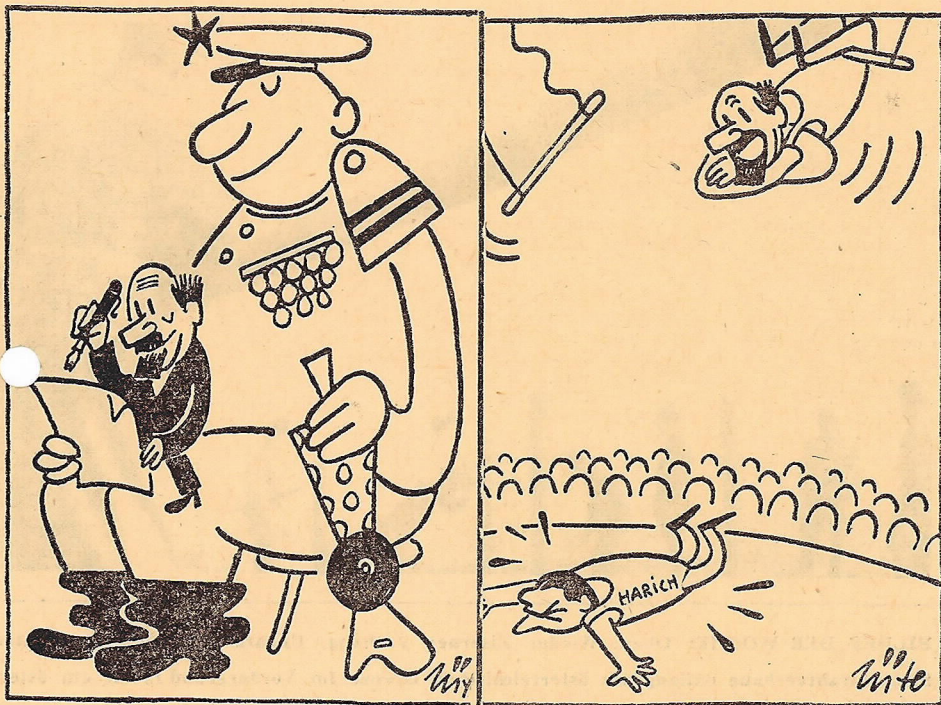
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2, Druck: W. Büxenstein, GmbH.

ehrlich zu diskutieren. Der Harich-Prozess hat zur Genüge gezeigt, daß der Tatbestand des Staatsverbrechens für die SED bereits gegeben ist, wenn man anderer Meinung ist als das Zentralkomitee. Der Weg von der eigenen wissenschaftlichen Meinung zur „Konterrevolution“ ist recht kurz geworden.

## Berlin-Woche in Hamburg

Hamburg (AP/DPA). Der Bundesbeauftragte für die Förderung der Berliner Wirtschaft, der CDU-Bundestagsabgeordnete Bucerius, eröffnete in Hamburg die „Berlin-Woche“, die den Absatz von Westberliner Waren im Bundesgebiet fördern soll. Der Berliner Senat hat Hamburg am 12. März einen offiziellen Besuch abgestattet.



Unterzeichnung des sowjetischen  
Truppenvertrages

Die Luftnummer

## Das Ja der Synode

DT. Von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dem Staatsvertrag über die Militärseelsorge in der Bundeswehr zustimmte, hat Bischof D. Jacobi dieser Tage gesagt, sie sei das einzige deutsche Parlament, das die Bundesrepublik und die DDR umschließe. Jeder Synodale habe in gleicher Weise Verantwortung für die Gemeinden diesseits und jenseits der Elbe.

Es ist gewiß, daß im Geiste dieser hohen Verantwortung die Synodalen, auch die aus der Zone, sich für den Staatsvertrag entschieden haben. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich unter ihnen ergaben, bezogen sich nicht auf den Grundsatz der Militärseelsorge, sondern auf die Zweckmäßigkeit einzelner Bestimmungen des

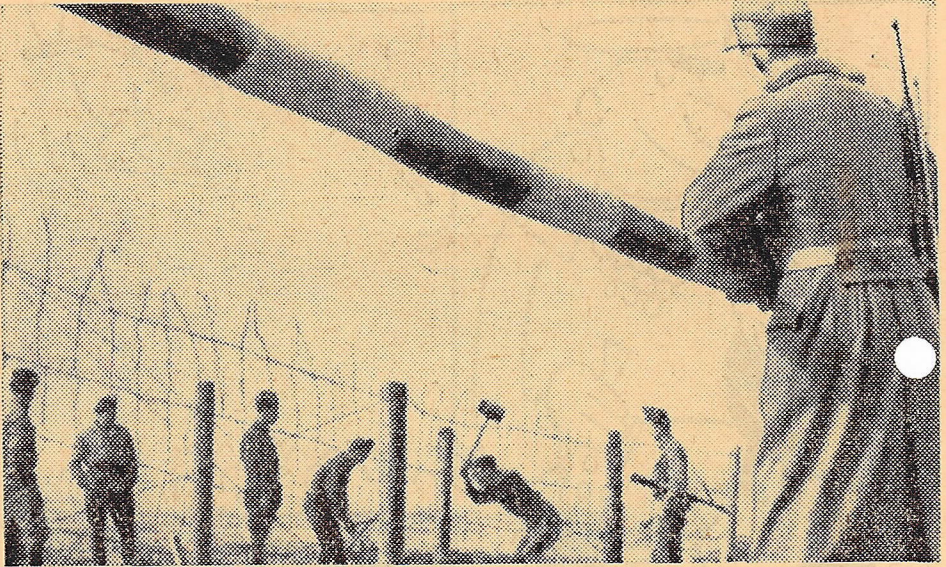
Vertrages. Man kann sogar die Einwände derer verstehen, die keine „Militärkirche“ wollen oder gegen den von ihnen befürchteten Beamtenscharakter der Militärseelsorger Stellung nehmen, obwohl der Staatsvertrag die volle Unabhängigkeit des geistlichen Auftrages von staatlichen Weisungen festlegt. Die Frage war nur, ob man an diesen Meinungsverschiedenheiten den Vertrag scheitern lassen sollte und durfte. Die Synode hat das mit großer Mehrheit verneint und den Vertrag gebilligt.

Maßgebende Stellen und, von ihnen beauftragt, auch die Presse der Zone haben dieser Entscheidung, an der auch Synodale aus dem Kirchenraum der DDR mitwirkten, mit allen Mitteln entgegengearbeitet. Die Synode mußte nicht nur ihre Tagung von Halle nach West-

berlin verlegen, sie wurde hier von drüben her auch „moralischem“ Druck und politischen Drohungen ausgesetzt. Bischof Dibelius hat in seinem Rechenschaftsbericht hierzu bemerkt, daß der Versuch, auf die Entscheidungen der Synodalen aus den östlichen Gliedkirchen einen Druck auszuüben, nur auf das schärfste zurückgewiesen werden könne.

Das ist eine paritätische, auf acht seelsorgerische Aufgaben gerichtete gesamtdeutsche Haltung, die jeder politischen Verdächtigung entzogen sein sollte. Sie wurde aus Pankow in einem amtlichen Schreiben mit der Feststellung beantwortet, daß die Tätigkeit der Evangelischen Kirche in der „nationalen Volksarmee“ kein Gegenstand von Verhandlungen sein könne.

Mit diesem Nein gegenüber einem kirchlichen Angebot, das alle böswilligen Argumente gegen den Staatsvertrag entkräftet, richtet sich Pankow selbst.



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Wieder Eiserner Vorhang. Ungarische Soldaten errichten Stacheldrahtverhaue entlang der österreichischen Grenze. Im Vordergrund rechts ein österreichischer Grenzposten. — Unten: 43 Düsenbomber trafen für die neue deutsche Luftwaffe an Bord des US-Hilfsflugzeugträgers „Tripoli“ in Bremerhaven ein.

